FORVM GEOPOLITICA
Independent Commentary on a Fractured World



Wie Phönix aus der Asche – Der Kandidat rettet Deutschland

Der Kandidat, der Deutschland retten wird – utopische Gedanken

Viele schreiben Deutschland bereits ab – unter der gegenwärtigen Führung ist dies ein verständlicher Gedanke. Was, wenn der Kandidat die Macht in Deutschland übernehmen würde? – Eine Rettung wäre möglich.

Peter Hänseler

Mi. 18 Nov 2026 17 Leseminuten

Einleitung

Viele Deutsche sind der Meinung, die Politik, welche Deutschland betreibt, werde das einstige Land der Dichter und Denker in den Abgrund stürzen. Auch wir haben oft über die katastrophale wirtschaftspolitische, innenpolitische und geopolitische

Ausrichtung Deutschlands geschrieben und sind regelmässig zur bitteren Erkenntnis gelangt, dass eine Kehrtwende – keine Adjustierung – notwendig ist, um eine Wende zum Guten herbeizuführen. In meinem Artikel «Vollziehen die USA eine Richtungsänderung?» habe ich die Möglichkeiten und Chancen einer Richtungsänderung der USA beschrieben, wobei in diesem Gedankenspiel Europa von den USA geopfert werden würde – keine utopische Vermutung, sondern ein Standardverhalten der USA, das Verbündete regelmässig im Regen stehen lässt.

Heute kreieren wir den «Kandidaten», der in dieser Abhandlung das tut und vorkehrt, was meiner Meinung nach – und auch der Meinung vieler meiner deutschen Gesprächspartner – notwendig wäre, um den Karren aus dem Schlamm zu ziehen. Dabei ermächtigen wir unseren Kandidaten, das zu tun, was er für notwendig hält. Adolf Hitler erhielt derartige Ermächtigungen vom deutschen Parlament im Frühling 1933, wobei Hitler argumentierte, es bedürfe dieser Gesetze, um Ordnung zu schaffen. Für eine umfassende Ermächtigung gibt es somit in der deutschen Geschichte ein Präjudiz, wenn auch eines, über das man ungern spricht. Wir propagieren hier sicherlich nicht einen Reichstagsbrand als *false flag*-Attacke, um unserem Kandidaten die notwendigen Vollmachten zu übertragen. Ich habe das Buch «Ein Tag im März» von Philipp Austermann gelesen und kann dieses empfehlen; die deutsche Politik gab Hitler ohne Not die Möglichkeit der Installation einer Diktatur und liess damit Deutschland in den Abgrund stürzen. Unser Kandidat hat in diesem Gedankenspiel ähnliche Machtbefugnisse, missbraucht sie jedoch nicht, was diese Utopie umso sympathischer und überlegenswert macht.

Ich teile die Themen, die radikal angegangen werden müssen, in Gruppen ein, bespreche die Problematik, das Vorgehen und die Wirkung, die ich erwarten würde. Es ist selbstredend, dass die besprochenen Vorschläge lediglich als Beispiele dienen können. Die innenpolitischen Probleme Deutschlands sind derart komplex und werden durch teilweise nicht einmal identifizierbare Interessen geleitet, dass dieser Text schlussendlich ein Denkanstoss – wenn auch ein sehr provokanter – sein will. Angesichts des Zustandes der deutschen Gesellschaft vermögen jedoch nur sehr provokante und teilweise drastische Massnahmen das zu verhindern, wodurch sich die Deutschen zumindest in der Vergangenheit unrühmlich als Weltmeister präsentierten: Mit der Faust im Sack in den Abgrund zu schlittern. Die Deutschen sind andererseits paradoxerweise und in einer geradezu unheimlichen Korrelation grossartig im Wiederaufbau. Ist es tatsächlich nötig, zuerst das ganze Land zu zerstören, bevor man sich an den Aufbau macht?

Die Thesen dieses Artikels sind sicherlich provokativ. Doch warum soll dieses Land dieses Mal nicht vor dem kompletten Absturz eine Wende - eine umfassende und nachhaltige Kehrtwende - vollziehen? Das wäre wesentlich weniger blutig und brutal und könnte enorme kreative Kräfte in allen Bereichen freisetzen.

Der erste Arbeitstag

Die EU und der Euro sind wahrlich keine Geschenke für Deutschland

Die EU hat Deutschland als Nation geschwächt und ist eine komplett autoritative, undemokratische Organisation, welche ihren Mitgliedstaaten immer mehr Kompetenzen entzieht. Die Folge ist eine schleichende Zerstörung nationalstaatlicher Institutionen durch die Übertragung ihrer Aufgaben auf die EU-Ebene. Was offiziell als Harmonisierung von Strukturen und Kompetenzen dargestellt wird, hat eine dem Kolonialismus vergleichbare Wirkung. Verstärkt wird diese durch demokratisch verbrämte finanzielle Abhängigkeiten von EU-Geldern. Die Mitgliedsstaaten haben zwar durch Regeln definierte Ansprüche und Mitsprachemöglichkeiten, doch werden diese gern an ein politisches Wohlverhalten geknüpft, was ökonomisch schwächere Empfängerstaaten - z.B. Ungarn, Slowakei, Rumänien - zum Spielball der Interessen der ökonomisch dominierenden Geberstaaten - es seien genannt Deutschland, Frankreich oder auch Österreich - macht.

An der Spitze der EU stehen zwei Amazonen, welche keine demokratische Existenzberechtigung haben. Sie sind von Korruptionsskandalen überhäuft, bleiben aber trotzdem an der Macht. Sie geben vor, Europa zu vertreten. Wobei der Begriff „Europa“ ähnlich usurpiert wird wie der Begriff „Amerika“. Europa ist nichts als eine geographische Bezeichnung und zudem bewusst falsch interpretiert, da sich die EU auf einen Krieg mit dem grössten Land Europas vorbereitet – Russland. Spinnt man den „europäischen“ Gedanken weiter und betrachtet Europa tatsächlich als suprastaatliche Einheit, so wird ein Bürgerkrieg vorbereitet. Es gibt kein Nationenverständnis für ein EU-Europa; niemand fühlt sich als Europäer: Man fühlt sich als Italiener, Spanier, Deutscher etc. und das ist auch gut so.

Ein Vergleich mit den USA, um für eine Stärkung der EU zu argumentieren, hinkt nicht nur, sondern ist falsch. Die USA sind komplett anders gewachsen: Zuerst stand man zusammen gegen die Kolonialherren in London, danach machte man sich gemeinsam daran, den Rest Schritt für Schritt zu erobern oder zu stehlen und die ehemaligen Eigentümer – ca. 20 Millionen an der Zahl – genozidal zu liquidieren, einige wenige am Leben zu lassen und diese in Zoos – Reservoirs –

auszustellen. Die Amerikaner haben somit – abgesehen vom Bürgerkrieg (1861-1865) – zumindest ab dem Ende des 19. Jahrhunderts immer zusammengehalten und sich als Nation verstanden.

Die EU ist eine reine Machtstruktur, die von ihren Vätern – den Amerikanern und den Briten – dazu benutzt oder missbraucht wird, ihr Kolonialreich in Europa einfacher kontrollieren zu können.

Der Euro war von Anfang an eine Totgeburt. Eine einheitliche Währung setzt einen politisch einheitlichen Wirtschafts- und Währungsraum voraus – doch die Europäische Union ist weder eine Nation noch ein homogener Wirtschaftsraum. Die wirtschaftlichen Strukturen, die Wettbewerbsfähigkeit, die Verschuldung und die fiskalpolitischen Probleme ihrer Mitgliedstaaten unterscheiden sich teilweise fundamental. Diese unterschiedlichen Voraussetzungen können einer einheitlichen Geldpolitik nicht gerecht werden.

Die Folgen liessen nicht lange auf sich warten. Seit seiner Einführung am 1. Januar 1999 hat der Euro gegenüber dem absoluten Geld – Gold – rund 93,3 % seines Wertes eingebüsst. Selbst gegenüber dem Schweizer Franken beträgt der Wertverlust 42,6 %. Diese Zahlen sind ein eindrücklicher Gradmesser dafür, wie stark die Kaufkraft und internationale Wertstellung der gemeinsamen europäischen Währung erodiert sind.

Deutschland war zum Zeitpunkt der Einführung des Euro mit Abstand die grösste Wirtschaftsmacht der neuen Währungsunion. 1999 erwirtschaftete Deutschland mit einem BIP von 1,98 Billionen Euro rund 32 % der gesamten Wirtschaftsleistung des Euroraums – weit mehr als Frankreich mit 1,34 Billionen oder Italien mit 1,10 Billionen Euro. Deutschland wurde damit zwangsläufig zum wirtschaftlichen Schwergewicht und grössten Gläubiger des neuen Währungsraumes.

Neben seinen erheblichen Nettobeiträgen zum EU-Haushalt übernahm Deutschland im Verlauf der Eurokrisen auch immer grössere finanzielle Risiken innerhalb des Eurosystems. Besonders sichtbar wird dies an den TARGET-Forderungen der Deutschen Bundesbank: Sie stiegen zeitweise auf weit über eine Billion Euro und lagen noch Ende September 2026 bei rund 1,0 Billion Euro. Deutschland hat damit über Jahrzehnte einen erheblichen Teil der finanziellen Ungleichgewichte innerhalb des Euroraums bilanziell getragen, sprich finanziert.

Die EU und der Euro haben Deutschland geschadet: Finanziell, als Nationalstaat und in seiner Unabhängigkeit.

Bislang sprechen wir hier nur von der ökonomischen Komponente der EU. Seit Jahren drängt der Träger des Friedensnobelpreises des Jahres 2012 - wir reden tatsächlich von der EU - auf eine Transformation dieses Staatenbündnisses in ein Militärbündnis. Dieses Bestreben gab es auch schon 2012, was die Farce der Vergabe dieser einst hochgeschätzten Ehrung nur noch in ein grelleres Licht setzt. Zu jener Zeit scheiterte das angestrebte Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine unter anderem auch an dieser militärpolitischen Komponente, die die damalige Führung der Ukraine als eines der Hindernisse ansah.

NATO

Die Nato wird vom Westen immer als Verteidigungsbündnis bezeichnet. Das ist eine dreiste Lüge, die bereits am Jugoslawienkrieg scheiterte, als die NATO Serbien 78 Tage bombardierte. Die NATO ist in ihrem Wesen der europäische Arm der USA, der die europäischen Mitgliedsländer administrativ und organisatorisch zusammenhält. Dieses Bündnis hätte 1990 gleichzeitig mit dem Warschau Pakt aufgelöst gehört. Es war jedoch nie das Ziel der Amerikaner, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in Frieden mit Russland zu leben. Daher die NATO-Osterweiterung, die entgegen den Beteuerungen von James Baker, Helmuth Kohl, Dietrich Genscher etc. in den 90-er Jahren ganz gezielt Fahrt aufnahm und der Hauptgrund des Ukrainekrieges ist.

Diese explosive Gemengelage findet unser Kandidat an seinem ersten Amtstag vor. Er wird an diesem ersten Tag alle notwendigen Dokumente unterzeichnen, die für ein Verlassen der NATO notwendig sind. Wenn man Frieden möchte, muss man auch dementsprechend handeln.

Keine US-Truppen in Deutschland

Seit 1945 ist Deutschland nicht mehr souverän. Das sagte unter anderem Wolfgang Schäuble vor der EZB im Jahre 2011. Wie ist sein Status einzuschätzen? Bei Lichte betrachtet, handelt es sich bei der stärksten ökonomischen Macht der EU um eine Kolonie der USA. Ein Land, das unter anderem fremde Truppen auf seinem Gebiet stationiert hat, kann nicht souverän sein. Aber das ist nur ein Grund.

In der deutschen Wikipedia wird „Kolonie“ wie folgt definiert:

> *«Als* **Kolonie** *(von lateinisch colere ‚bebauen, Land bestellen‘) bezeichnet man in der Neuzeit ein auswärtiges abhängiges Gebiet eines Staates ohne eigene politische und wirtschaftliche Macht (Überseebesitzung).»*

Diese Definition wird man schwer mit dem Status der BRD in Übereinstimmung bringen können.

In der russischen Wikipedia findet der Leser diese Erklärung:

> *„Kolonie (von lat. colōnia) – ein Land, das seiner Selbstständigkeit beraubt ist und unter der Herrschaft eines ausländischen Staates (der Metropole) steht."*

Ganz nebenbei haben wir gleichzeitig etwas über das manipulative Wirken von Wikipedia gelernt: Der Leser der deutschsprachigen Version wird mit *„Als Kolonie (von* lateinisch *colere ‚bebauen, Land bestellen')…"* hinters Licht geführt. Die russische Sprachversion hingegen lehrt uns, dass es auch im Lateinischen eine direkte Wortentsprechung für „Kolonie" gibt. Ob ironisch oder zynisch, wie von Zauberhand passt die „russische" Definition auf die Realität des deutschen Staates: Ein Land, das seiner Selbständigkeit beraubt ist und unter der Herrschaft eines ausländischen Staates steht.

Wenn also unser Kandidat den USA mit freundlichen Worten erklärt, dass alle US-Truppen das Gastland innerhalb von 30 Tagen zu verlassen haben, dann entspricht er damit den selbstverständlichen Forderungen nach einem selbstbestimmten Staat, den EU und NATO überall auf der Welt fordern. Erstaunlicherweise findet sich im deutschen Grundgesetz kein Artikel, der diesen Zustand für den deutschen Staat definiert.

Dieses Vorgehen hat übrigens ein Präjudiz in Europa: Am 7. März 1966 forderte der französische Staatspräsident Charles de Gaulle in einem persönlichen Schreiben an US-Präsident Lyndon B. Johnson die Wiederherstellung der vollständigen militärischen Souveränität Frankreichs und damit den Abzug der amerikanischen Streitkräfte beziehungsweise die Beendigung ihrer Stationierung unter ausländischem Kommando.

Ich zitiere einen Absatz:

> *«Aus diesem Grund beabsichtigt Frankreich, seine Souveränität über sein Hoheitsgebiet, die derzeit durch die ständige Präsenz verbündeter militärischer Einheiten oder durch die regelmässige Nutzung seines Luftraums beeinträchtigt wird, wieder uneingeschränkt geltend zu machen, seine Beteiligung an den «integrierten» Kommandos*

einzustellen und der NATO keine Truppen mehr zur Verfügung zu stellen.»

BRIEF VON PRÄSIDENT DE GAULL AN LYNDON B. JOHNSON, 7. MÄRZ 1966

Israel – Genozid – Nürnberg 2.0

Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Israel

Am Tag 1 würde der Kandidat alle diplomatischen Beziehungen zu Israel abbrechen, alle Diplomaten ausweisen. Deutschland kann es sich nicht leisten, mit genozidalen Ländern diplomatische Beziehungen zu pflegen.

Nach Nürnberg muss es für jeden deutschen Politiker eine Selbstverständlichkeit sein, gegen jedes auch noch so kleine Anzeichen von Genozid nicht nur verbal, sondern tatsächlich vorzugehen und ein Nürnberg 2.0 rigoros zu fordern. Ich verzichte darauf, Argumente für dieses Vorgehen aufzuzählen, da ich der Meinung bin, dass das Verhalten Israels tatsächlich *indiskutabel* ist. Ich verweise daher lediglich auf zwei meiner Artikel «Völkermord als «Selbstverteidigung» - Westliche Medien als Mittäter beim Genozid in Gaza – Wir stehen auf!» und «Israel – eine genozidale Demokratie».

Nürnberg 2.0

Deutschland hat während der Nazi-Zeit nicht nur 6 Millionen Juden umgebracht, sondern 16 Millionen zivile Sowjetbürger und Millionen weiterer Zivilisten in den eroberten Gebieten. Nach der Losung «Nie wieder!» ist es in keiner Weise und unter keinem Gesichtspunkt nachvollziehbar, ja inakzeptabel - insbesondere vor dem Hintergrund der Menschenwürde -, dass Deutschland den von den Israelis verübten Genozid in Gaza, der Westbank und dem Libanon nicht nur duldet, sondern aktiv unterstützt und Gegnern dieses Genozids reflexartig Antisemitismus vorwirft, wo selbst viele Juden antiisraelisch eingestellt sind. Ich zweifle daran, dass Herr Merz, seine Kollegen und die deutschen Medien zwischen Judentum (Religion) und Zionismus (Projekt) zu unterscheiden vermögen; dazu mein Beitrag «Anti-Zionismus ist nicht Antisemitismus»

Es ist vor allen anderen Staaten an Deutschland mit seiner schaurigen Vergangenheit, der Welt zu zeigen, dass Genozid inakzeptabel ist, egal wer für ihn verantwortlich ist. Die ARD in Deutschland - also das öffentlich-rechtliche, staatliche Fernsehen - geht jedoch einen diametral entgegengesetzten Weg. Sie gab bereits am 18. Oktober 2023, einige wenige Tage nach den Ereignissen vom 7.

Oktober ein Memorandum, also eine Sprachregelung an ihre Mitarbeiter heraus, welche die Palästinenser als Terrorristen und die Israelis als Opfer klassifizierte – ein Dokument des Schreckens. Wir hatten darüber berichtet: «ARD–Glossar rechtfertigt Genozid – Dr. Goebbels wäre stolz».

Die gesamte Bundesregierung und die Spitzen der Medien in Deutschland – übrigens auch in der Schweiz – haben damit den Genozid nicht nur salonfähig gemacht, sondern ihn ermöglicht, gefördert, befeuert und somit zu Mord und Totschlag aufgerufen. Alle dafür Verantwortlichen gehören inhaftiert und vor ein Kriegs- bzw. Genozidgericht gestellt. Als Ort bietet sich Nürnberg an, ersatzweise Gaza-Stadt oder Teheran. Der letztgenannte Ort als Würdigung für die über all die Jahre unverstellte und ungebrochene Unterstützung des Irans für die Realisierung der UNO-Beschlüsse zur Schaffung eines palästinensischen Staates und zur Einhegung Israels.

Der bekannteste Angeklagte aus dem Kreis der Medien in Nürnberg war Julius Streicher, der Herausgeber des Stürmers. Er wurde zum Tode verurteilt und gehenkt – zu Recht. Legt man dieselben Massstäbe heute an, so würden die verantwortlichen Politiker, Merz und Co. sowie fast alle Chefredaktoren und Herausgeber der Medien im deutschsprachigen Raum verurteilt. Mit vollem Recht.

Strenge Überprüfung aller Israelis

Angesichts der zu erwartenden Rechtssprüche in Nürnberg / Gaza-Stadt / Teheran wäre eine strikte Kontrolle nach Deutschland einreisender und eine strenge Überprüfung aller bereits in Deutschland lebenden Israelis hinsichtlich ihrer Haltung zum Genozid zwingend ein- und durchzuführen, da die übergroße Mehrheit der israelischen Bevölkerung den Genozid unterstützt.

Die beim Einbürgerungstest nach Deutschland zwingenden Fragen nach dem Existenzrecht Israels sind abzuschaffen. Eine klare Verurteilung eines jeglichen Genozids und eine strikte Befürwortung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 macht eine jede Sonderbehandlung von Ethnien überflüssig.

Sanktionierung Israels und Sperrung und Einziehung aller israelischer Vermögen in Deutschland

Eine strenge Überprüfung aller Israelis umfasst auch die Einführung von Sanktionen gegen den Staat Israel, solange er nicht alle UNO-Beschlüsse bezüglich der von der internationalen Gemeinschaft geforderten Zweistaatenlösung für das Gebiet des ehemaligen Palästinas innerhalb kürzester Zeit umsetzt. Bis dahin sind

sämtliche Geschäftsverbindungen mit Israel mit sofortiger Wirkung einzustellen und alle Vermögen israelischer Herkunft in Deutschland zu sperren und umgehend einzuziehen.

Frieden mit Russland und dem Iran

Russland wird Europa nicht angreifen, es gibt einfach keinen Grund dazu. Das war schon immer so. Der Westen griff Russland zahllose Male an. 1812, 1853, 1914, 1941. Auch der Ukrainekrieg ist ein Angriff des Westens auf Russland. Die ihm zugrunde liegenden Ursachen sind deckungsgleich mit den oben genannten Kriegen. Die russophobe Haltung des Westens wurde von den Briten erfunden – Russland war den Briten zu gross und zu reich und sie machten sich um ihr Weltreich Sorgen. Letzteres grundlos. Russland forderte nie die britischen Empires heraus.

Die Sanktionen gegen Russland – ca. 30'000 an der Zahl – bereiten Russland zwar Probleme, die aber lösbar sind. Die Probleme, die diese Sanktionen Deutschland bereiten, sind jedoch nicht lösbar – sie stellen die Existenz Deutschlands in seiner bisherigen Form in Frage..

Ausgehend davon wird der Kandidat am Tag 1 in Moskau um eine Audienz bitten und umgehend nach Russland reisen. Dort wird er Frieden schliessen, denn Deutschland steht im Krieg mit Russland. Dass Russland bis jetzt noch keine Raketen gegen Berlin sandte, ist allein der unglaublichen Geduld und deeskalierenden Haltung von Präsident Putin zu verdanken.

Deutschland wird umgehend alle Sanktionen aufheben und Russland darum bitten, Nord-Stream wieder in Betrieb zu nehmen. Eine der drei Pipelines ist immer noch funktionsfähig und gemeinsam werden die übrigen innert vernünftiger Frist repariert werden und als deutsch-russisches Projekt wieder in Betrieb genommen. Da Deutschland endlich ein souveräner Staat werden will, werden die Amerikaner dabei selbstredend außen vor gelassen.

Russland will Frieden mit Deutschland, aber ich gehe davon aus, dass Moskau gewisse Konditionen stellen wird, die Deutschland erfüllen muss, kann und in Anbetracht seiner neuen politischen Ausrichtung durch den Kandidaten auch will.

Der Iran hat in den letzten Hunderten von Jahren keinen Krieg begonnen und wird einer Normalisierung mit Deutschland zustimmen. Sollte das neue Deutschland seiner neuen Linie treu bleiben, werden sich für die deutsche Wirtschaft außerhalb

EU-Europas Möglichkeiten ergeben, die etwaige Verluste durch den Austritt aus der EU mittelfristig mehr als kompensieren dürften.

Innenpolitik

Gesetze würgen Wirtschaft ab

Deutschland ist immer noch Weltspitze – im Kreieren einer Gesetzgebung, die dermassen umfangreich und so unleserlich ist – ich kann das als Rechtsanwalt bestätigen – dass ein Leben ohne ein Heer von Beratern in der Wirtschaft nicht mehr möglich ist. Ein Beispiel: Die deutsche Steuergesetzgebung ist so umfangreich, dass selbst der Bundestag nicht errechnen kann, wie viele Steuergesetze – so um die 125 – es gibt, ganz abgesehen davon, dass sich Tausende von Paragrafen Steuergesetzgebung in anderen Gesetzen befinden. So kann man sich als Unternehmer nie sicher sein, alle Vorgaben zu erfüllen. Ein unhaltbarer Zustand und einem gedeihlichen Wirtschaftsleben mehr als abträglich.

Die Steuergesetzgebung wäre vom Prinzip her nicht sehr schwierig zu legiferieren: Was von wem besteuert wird, ist eine politische Entscheidung: Progression bei der Einkommenssteuer führt zur Umverteilung; Progression in Umsatzsteuern besteuert jene, die viel ausgeben etc. Wenn man einmal weiss, in welche Richtung es politisch und gesellschaftlich gehen soll, so kann man das in klaren Worten relativ einfach legiferieren. Der Kandidat würde die Steuergrundsätze festlegen und dann ein Gesetz erlassen, das im Umfang kaum mehr als ein Prozent der bisherigen Regelungen umfassen würde.

Die Steuergesetzgebung in Deutschland dient nur als Beispiel. Es ist nicht nur die Gesetzgebung in Deutschland. Der gesamte geschäftliche Verkehr mit dem deutschen Staat ist ein Spießrutenlauf, der die Wirtschaft abwürgt.

Freie Meinungsäusserung

Die freie Meinungsäusserung wird wiederhergestellt, damit Art. 5 GG wieder eine Bedeutung hat.

> *«Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.»*

Grosse Herausforderungen

So gross die Gesetzesflut, welche bekanntlicherweise nicht einmal mehr vom deutschen Parlament beziffert werden kann, so gross wird die Herausforderung sein, diese auf ein nötiges Niveau zu senken. Ziel muss es sein, 99% der Gesetze und Verordnungen zu begraben. Das ist erstens nicht unmöglich und zweitens wird man wieder atmen können. Möglicherweise wird ein Heer von Beamten, die diese gegenwärtige Apokalypse der Freiheit administrieren, ihren Job verlieren, ein lösbares Problem: Diese Menschen werden in der neuen aufstrebenden Wirtschaft gebraucht.

Fazit

Dieser Artikel hat sich vor allem auf Änderungen in der Aussenpolitik beschränkt, da sie einerseits Deutschland am meisten schädigt, andererseits jedoch dort Änderungen am schnellsten umgesetzt werden können; De Gaulle verabschiedete die US-Truppen mit einem Brief.

Die innenpolitischen Probleme sind einfach zu beschreiben: mangelnde Freiheit und Gesetzesflut. Das Problem ist jedoch – wie etwa die Steuergesetzgebung zeigt – dass sich die Regelwerke in Deutschland wie ein metastasierender Krebs seit Jahrzehnten ausbreitet und nur eine Radikalkur im Sinne einer Chemotherapie, welche 99% der Gesetze zersetzt, Erfolg bringen wird.

Falls der Kandidat seine Macht nur im Interesse Deutschlands einsetzt und charakterlich über jeden Zweifel erhaben ist, so kann Deutschland aus dem Teufelskreis ausbrechen, in dem es sich befindet. Ich verwies bereits eingangs darauf, dass ich „den Kandidaten“ nicht als Wiederauferstehung eines „deutschen Führers“ betrachtet wissen will. Da wir über Deutschland sprechen, möchte ich das noch einmal betonen, um jegliche Fehlinterpretationen auszuschließen. Mein „Kandidat“ steht symbolisch dafür, welche Veränderungen in Deutschland durch staatliche Strukturen angegangen werden müssen. Nicht morgen oder übermorgen, sondern heute, jetzt, umgehend.

Jetzt bleibt nur eine Herausforderung, um beginnen zu können: Die Deutschen müssen einen hochkompetenten und charakterlich einwandfreien Kandidaten finden. Eine solche Person gibt es sicher in Deutschland. Bei der Suche sollte man

jedoch auf keinen Fall Politiker berücksichtigen, speziell solche, die sich bereits am Kelch der großen Politik labten.

ARTIKEL TAGS:

Analyse Bundesrepublik Deutschland US EU